

Pressemitteilung vom 06.05.2016

BUND: Milchkrise ist gewollt

"Was die Politik sich derzeit mit den Milchbauern leistet, ist kaum zu fassen. Hier werden Zehntausende von landwirtschaftlichen Betrieben in die Insolvenz getrieben. Diese Entwicklung ist nicht einfach so über die Landwirte hereingebrochen. Sie ist von Bundesregierung und Bauernverband gewollt." So Manfred Radtke vom BUND Rotenburg.

Jeder musste sich doch über die Konsequenzen im Klaren sein, die das Ende der Milchquote haben würde: Ein Überangebot an Milch. Ein Glücksfall für ALDI, Lidl und Molkereien. Hat man doch jetzt die Möglichkeit, den Preis für dieses hochwertige Lebensmittel beliebig zu drücken. Wovon man ja ausgiebig Gebrauch macht.

Kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe sollen bewusst vom Markt gedrängt werden. So äußerte sich bereits im Juni 2015 das Bundeslandwirtschaftsministerium. Die vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter vorgetragenen Vorschläge zur Mengenregulierung würden nur den Strukturwandel hemmen. Also weg mit den vielen kleineren Milch erzeugenden Betrieben, hin zu Massenställen mit Tausend und mehr Tieren.

Wie hat Joachim Rukwied, Präsident des Bauernverbandes, doch das Ende der Milchquote bejubelt. Erfreut war er darüber, dass auf EU-Ebene eine bereits angedachte „abgespeckte Form“ der Milchquote nicht mehr ernsthaft diskutiert werde. Die Vergangenheit habe seiner Meinung nach nur eines gezeigt: Wenn der Staat eingegriffen habe, habe dies letztlich zu einem finanziellen Verlust für die Bauernfamilien geführt.

Welch ein Hohn angesichts der aktuellen Entwicklung!